

Laibacher Zeitung.

Nr. 130.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 8. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1868.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. Mai d. J. dem Präsidenten des Landesgerichtes in Innsbruck, Anton von Scheuchensstuel, die angesehene Beförderung in den bleibenden Ruhestand unter Anerkennung seiner vieljährigen, treuergebenen und erspriesslichen Dienste allergnädigst zu bewilligen und die dadurch bei diesem Gerichtshofe in Erledigung kommende Präsidentenstelle dem mit dem Titel und Charakter eines Landesgerichtspräsidenten ausgezeichneten Kreisgerichtspräsidenten in Trient, Mathias Freyherrn v. Crescenci allergnädigst zu verleihen geruht. **Serbst m. p.**

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Mai d. J. den Confessorial-Assessor, Dechant, Schuldistricts-Aufsichtsrath und Pfarrer Karl Blahnitz in Gars zum Ehrenodherrs an der bischöflichen Kathedrale zu St. Pölten allergnädigst zu ernennen geruht. **Sasner m. p.**

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 31. Mai d. J. den Baurath Gustav Wex zum Oberbaurathe in Niederösterreich allergnädigst zu ernennen geruht. **Siskra m. p.**

Der Justizminister hat die bei dem Kreisgerichte in Feldkirch erledigte Hilfsämterdirectorsstelle dem Officianten des Landesgerichtes in Innsbruck Andreas Rostenzer verliehen.

Am 5. Juni 1868 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XXI. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 52 den Handels- und Zollvertrag zwischen Sr. k. k. Apostolischen Majestät, zugleich in Vertretung des souverainen Fürstenthums Liechtenstein, einerseits und Sr. Majestät dem König von Preussen im Namen des norddeutschen Bundes und der zu diesem Bunde nicht gehörenden Mitglieder des deutschen Zoll- und Handelsvereins, nämlich: der Krone Preussen, der Krone Württemberg, des Großherzogthums Baden und des Großherzogthums Hessen für dessen südlich des Main belegene Theile, sowie in Vertretung des Rheinischen Zoll- und Steuerbundes angeschlossenem Großherzogthum Luxemburg, andererseits, vom 9. März 1868. (Geschlossen zu Berlin am 9. März 1868, von Sr. k. k. Apostolischen Majestät ratificirt zu Wien am 26. Mai 1868 und in den beiderseitigen Ratificationen zu Berlin ausgetauscht am 30. Mai 1868.)

(Br. Ztg. Nr. 133 vom 5. Juni.)

Nichtamtlicher Theil.

Die neue Handelspolitik und die Handelsverträge.

I.

Zu den entscheidendsten Fragen, über welche die cisleithanische wie die ungarische Vertretung ihr Votum abzugeben haben, gehören zweifellos die handelspolitischen Verträge, welche seit kaum einem Jahre Oesterreich mit einer Menge der europäischen Staaten abgeschlossen hat. Diese Verträge, deren erster jener war, welcher mit England vereinbart wurde, tragen ausnahmslos einen Grundcharakter, streben demselben Ziele zu. Sie sollen dazu dienen, Oesterreich seiner früheren volkswirtschaftlichen Isolirung zu entreißen und in sein volkswirtschaftliches Leben das Princip der Theilung der Arbeit, des Austausches und der Verkehrsfreiheit einzuführen.

Ehe wir auf den positiven Inhalt der Verträge näher eingehen, ist es nothwendig, sich darüber klar zu werden, ob ein abgeschlossenes, sich selbst genügendes Güterleben, oder ein die ganze Erde, die ganze Menschheit umfassendes wirtschaftliches Gemeinleben vortheilhafter für den Fortschritt, für die Wohlfahrt des Einzelnen und der Völker ist.

So einfach die Frage scheint, so schwierig ist doch die Begründung einer Antwort, welche keinen Zweifel aufkommen läßt, welche Ueberzeugungen schafft, die für das praktische Leben einen nie fehlenden Halt gewähren.

Je selbstbewußter die „Individualität“ ist, desto größer ist das Verlangen nach dem Sichselbstgenügen, nach Unabhängigkeit, je einfacher die Persönlichkeiten, je entwickelter der Gesellschaftstrieb, je größer pflegt der Wunsch nach gemeinschaftlichem Leben zu sein.

Wenn Jemand absolut jeder fremden Hilfe entbehren kann und wirklich auf dieselbe verzichtet, sich nur auf eigene Kraft stützt und sich nur durch sie erhält, so sind wir gewohnt, dieses als einen Beweis von Stärke zu betrachten. Bis zu einer gewissen Grenze ist diese Ansicht auch berechtigt und gilt auch für das wirtschaftliche Leben, aber viel weniger in Bezug auf die Höhe der Arbeitsleistung, als auf die Vielseitigkeit der Entwicklung, viel weniger in Bezug auf die reiche Befriedigung der Bedürfnisse, als auf die Bedürfnislosigkeit.

Wer alles kennen, alles können will, vermag unmöglich in den einzelnen Richtungen Viel zu leisten; er muß, will er sich selbst genügen, mit geringen Resultaten zufrieden sein. Er muß somit seine Unabhängigkeit mit der Beschränkung seiner Bedürfnisse bezahlen.

Wer sich dagegen in Bezug auf Vielseitigkeit auf das Minimum beschränkt, welches nöthig, um eine größere einseitige Leistung zu erzielen, kann in dieser speciellen Richtung ungewöhnliche Resultate erringen; er muß jedoch diese großen Resultate durch die relative Abhängigkeit von Anderen erkaufen.

Einseitige Leistungen sind nur denkbar, genügen nur für das Bestehen des Individuums oder einer Nation, wenn durch ein Gemeinleben mit Anderen, also mittelst des Austausches, Befriedigung für die übrigen Bedürfnisse geschaffen wird.

Wie im Individuum, so sind auch in den Nationen stets zwei Richtungen vertreten: Hang nach Unabhängigkeit und möglichst reiche Befriedigung vielseitiger Bedürfnisse. Die erstere Tendenz geht Hand in Hand mit wirtschaftlicher Isolirung, die letztere mit wirtschaftlichem Gemeinleben, mit Verkehrsfreiheit.

Kann, wer unabhängig bleiben, sich allseitig selbst genügen will, nur Geringes in den einzelnen Richtungen leisten, erzielt dagegen das Gemeinleben, die Theilung und der Austausch der Arbeit große Gesamtergebnisse, dann muß im allgemeinen auch Unabhängigkeit mit einem niederen Stande der Bildung, Gemeinleben mit einem höheren, oder ins Wirtschaftliche übersezt, wirtschaftliche Isolirung mit Armuth, Verkehrsfreiheit mit Reichtum Hand in Hand gehen.

Bis zu einer gewissen Grenze wird also ein in wirtschaftlicher Isolirung lebendes Volk stets ungebildeter und ärmer sein müssen, als wenn dasselbe Volk dem Regime der Verkehrsfreiheit huldigen würde.

Hieraus ergeben sich für das praktische Leben mit logischer Nothwendigkeit folgende großen Maximen:

Je ärmer und ungebildeter ein Volk oder ein Staat ist, desto größer muß sein Bestreben nach Verkehrsfreiheit, nach wirtschaftlichem Gemeinleben, nach Theilung der Arbeit und Austausch der Producte sein, denn dies ist der Weg, um seinen Schwächen — Armuth und Bildungsmangel — abzuheben. Je reicher und gebildeter dagegen ein Volk ist, desto mehr kann es sich ohne Nachtheil vom Gemeinleben zurückziehen, auf die Theilung der Arbeit und Verkehrsfreiheit verzichten, und dafür möglichst Vielseitigkeit der Entwicklung anstreben.

Als letztes Endresultat wird sich aber immer ergeben, daß über eine gewisse Grenze hinaus die weitere Entwicklung ohne Anschluß, ohne Gemeinleben unmöglich ist, und andererseits das Gemeinleben nie zu einer absoluten Einseitigkeit und einer bis zum Aeußersten durchgeführten Theilung der Arbeit führen kann, weil der Austausch, so groß auch die Verkehrsfreiheit sein mag, stets mit einem Kraftaufwande verbunden bleibt.

Die Rede des Freiherrn v. Bruck

in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. d. M. lautet folgendermaßen:

Fast möchte ich besorgen, daß das h. Haus mir die gewohnte wohlwollende Aufmerksamkeit entzieht, wenn ich damit beginne, zu sagen, daß es nicht meine Absicht ist, über die wichtige und weittragende Frage mich zu verbreiten, die Gegenstand der Berathung des Hauses ist, sondern, daß ich vielmehr einen nebensächlichen und zum Theile sogar etwas unliebsamen Gegenstand wieder aufnehmen, der gestern hier zur Sprache kam. Es wird das freilich zu gleicher Zeit dem h. Hause eine Bürgschaft dafür sein, daß ich sehr kurz sein werde und nicht die Debatte über die Zeit hinaus zu verlängern beabsichtige. Ich thue es zugleich, weil ich davon über-

zeugt bin, daß das, was ich zu sagen, habe, weit entfernt, einen Miston in die Berathung zu bringen, vielmehr den Einklang zu fördern geeignet ist und daß ich, indem ich etwas nebensächliches berühre, vielleicht der Hauptsache damit nützen kann.

Was ich hiemit gemeint habe, ist der Angriff, der in der gestrigen Sitzung gegen die sogenannte Pressleitung gerichtet wurde. Es wurde darauf von einem geehrten Mitgliede des Ministeriums geantwortet, und zwar in der erschöpfendsten Weise. Wenn dieser geehrte Sprecher aber dabei darauf hinwies, daß in Folge seiner bekannten Amtsthätigkeit er davon getroffen werde, so darf ich ohne Unbescheidenheit auch meinen Theil mir davon erbitten und obwohl ich an dieser Stelle als Vertreter der Reichsberger Handelskammer und nicht der Pressleitung zu sitzen die Ehre habe, so wird man mir doch vielleicht gestatten, über diesen Gegenstand auch einige Worte zu sagen. Und da erlaube ich mir zuerst einen Widerspruch gegen die Anwendung eines allerdings sehr in Gebrauch gekommenen Ausdruckes, gegen den Ausdruck der „Pressleitung“. Ich bin der Meinung, daß die gesammte Presse, namentlich die Presse Wiens, diesen Ausdruck entschieden perhorrescirt, ich möchte ihn aber auch für uns nicht gelten lassen.

Wer nur einigermaßen unser Thun und Lassen beobachten könnte, würde sich davon überzeugen, daß dabei weniger von „Leiten“ als von „Leiden“ die Rede ist.

Wir mögen es gerne leiden, wenn dieser oder jener Artikel erscheint, allein wir haben auch viel zu leiden, weniger unter dem, was gedruckt wird, als unter der Verantwortlichkeit, die man für jedes Wort, das gedruckt wird, stets uns auferlegt.

Dies ist auch im gegenwärtigen Falle geschehen, und ich hoffe, daß der geehrte Berichterstatter sich noch mehr davon überzeugen wird, wie wenig seine Voraussetzungen begründet waren, wenn ich ihm eine kleine Betrachtung entgegenhalte.

Ich bin mit der Presse in Berührung lediglich in Folge meiner Stellung als Minister des Aeußern. Wenn ich je in die Versuchung kommen konnte, im egoistischen Sinne, im Interesse meiner persönlichen Berufstellung die Presse zu beeinflussen und in Bewegung zu setzen, so war es bei dem vorliegenden Gegenstande; allein nicht erst angesichts der Berathung des Ausschusses, des Berichtes der Majorität und der Minorität, der Aeußerungen des Herrn Berichterstatters, sondern sofort im Verfolge der Maßregel der Couponsteuer überhaupt und selbst innerhalb der durch die Regierungsvorlage gezogenen Grenzen.

Daß diese Maßregel mir manche schwere Stunde bereiten werde, konnte ich vorhersehen. Daß mir manche schwere Stunde noch dadurch bereitet werden wird, darüber wird niemand im Zweifel sein nach den bekannten Kundgebungen, von denen ich vom Herzen wünsche, daß die Auffassung des geehrten Herrn Vorredners sich bewahrheitet und daß sie innerhalb der Schranken der Berathungsmänner und der Intriguen bleiben mögen.

Allein so wie es mein entschiedener Grundsatz ist, wie ich es als etwas selbstverständliches betrachte, daß, wenn ich dem Ministerium gegenüber Wünsche und Besorgnisse auf dem Herzen habe, ich dieselben auf geradem Wege vor dasselbe bringe, und nicht auf Umwegen und nicht durch Instigation der Presse: so auch habe ich es sehr wohl zu erkennen, zu begreifen gewußt, daß der Minister des Aeußern den Nothwendigkeiten Rechnung tragen muß, die aus der inneren Lage des Reiches hervorgehen, daß er sich ihnen anbequemen, daß er nach Möglichkeit sie vertreten muß. Habe ich das Bewußtsein, in diesem Sinne gedacht und gehandelt zu haben, so werde ich wohl andererseits auch dem Glauben mich hingeben, daß der Reichsrath und insbesondere dieses h. Haus der Aufgabe, welche der Minister des Aeußern unter schwierigen Zeitverhältnissen zu lösen hat, Rechnung tragen, daß das hohe Haus es nicht als seinen Beruf betrachten werde, diese Aufgabe noch zu erschweren und durch Potenzirung einer allerdings unwillkommenen, aber durch zwingende Umstände gebotenen Maßregel deren Vertretung nach außen fast zur Unmöglichkeit zu machen.

Erlauben Sie mir, daß ich anknüpfend daran noch einen anderen Gegenstand in der Kürze berühre, der weniger nebensächlich ist, sondern sehr zur Hauptsache gehört. Im Laufe der Berathungen ist wiederholt hingewiesen worden auf den Ausgleich mit Ungarn; das liegt in der Natur des Gegenstandes. Es ist aber auch vielfach da-

rauf hingewiesen worden mit dem Ausdruck des Bedauerns.

Soweit es sich hiebei um die Frage handelt, wie der Ausgleich zu machen war, so darf ich mich wohl zurückbeziehen auf das, was ich wiederholt zu sagen Gelegenheit hatte, als ich noch auf der entgegengesetzten Seite dieses Saales meinen Platz hatte. Ich glaube damals bei mehreren Gelegenheiten ausführlich und überzeugend dargethan zu haben, daß unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen der Ausgleich nicht günstiger sich gestalten ließ, ja daß er nach den Umständen, wie sie beschaffen waren, sogar noch ein günstiger genannt werden konnte.

Handelt es sich dagegen um die Frage, ob der Ausgleich zu machen war, so befinden wir uns dann freilich auf dem Gebiete der Hypothesen, die sich in einem weiten Spielraum darüber verbreiten, was dann geschehen wäre. Daß wir in diesem Falle heute nicht so gemüthlich vor dem Schottenthore zusammensäßen, das glaube ich als etwas wahrscheinliches bezeichnen zu dürfen, als etwas Gewisses aber glaube ich bezeichnen zu sollen, daß in diesem Falle zu den verschiedenen Vorschlägen, die Oesterreich aufzuweisen hat, noch zwei oder drei hinzugekommen wären, die nicht zu 70 und nicht zu 60, sondern zu weniger hätten gemacht werden müssen, aber — ich zweifle nicht daran — gemacht worden wären.

Sollte aber dennoch einer von Ihnen, geehrte Herren, sich nicht von der Vorstellung trennen können, daß es hiebei einen Schuldigen giebt und daß dieser Schuldige der Reichenberger Abgeordnete ist, dann lassen Sie es sich zum Troste gesagt sein, daß eben dieser an der Last, die aus der Gewalt der Umstände hervorgeht, in diesem Augenblicke nicht weniger, ja vielleicht am meisten zu tragen hat.

Ich weise diese Last nicht von mir, aber ich gebe zu bedenken, daß sie nicht bloß auf meine Schultern, sondern auch auf die wichtigsten Interessen des Reiches drückt, und daß, wenn es nicht gelingt, diese Last glücklich über den Berg, den ich zu überschreiten habe, hinwegzuheben, sie sich für den Staat und alle Staatsangehörigen und Steuerträger in der Folge fühlbar machen wird. Und darum nicht meinetwegen, sondern jener Interessen und Rücksichten wegen, bitte ich Sie, daran zu denken, daß diese Last vermindert und nicht vermehrt werde. (Bravo!)

47. Sitzung des Herrenhauses

vom 4. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Dr. Herbst, Hasner, v. Plener, Graf Potocki und Sectionsrath Pfeiffer vom Handelsministerium.

Präsident Fürst Colloredo-Mansfeld eröffnet um halb 12 Uhr die Sitzung.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und Mittheilung einiger minder wichtigen Einläufe überreicht Graf Wickenburg eine Petition, in welcher ein Salzändler aus Galizien sich beschwert, daß dortige Viehhändler ihr Viehsalz reinigen und zum Preise von 3 fl. 30 kr. verkaufen, während er, der Petent, zum Bezuge von Viehsalz nicht berechtigt sei. Um nun gegen diese anderen nicht im Nachtheile zu sein, ersucht derselbe, ihm den Bezug von Viehsalz ebenfalls zu gestatten. Das merkwürdige Petition wird dem Handelsministerium zur Erledigung zugewiesen.

Baron v. Reyer übergibt eine Petition der Triester Handelskammer, betreffend die Erlassung eines Gesetzes zum Baue der Predilbahn. Wird dem Eisenbahn Ausschusse überwiesen.

Ritter von Pipik bringt einen Antrag betreffs Verstärkung der politischen Commission ein. Er weist darauf hin, daß drei Mitglieder derselben, Kaufher, Auerperg und Sichtenfels, stets bei den Sitzungen abwesend seien, und glaubt in Anbetracht der wichtigen Arbeiten, welche diese Commission noch zu erledigen hat, die Vermehrung derselben um sechs Mitglieder empfehlen zu sollen. Das Haus schließt sich diesem Antrage an, und wird die Sitzung behufs Vornahme der Wahl unterbrochen.

Es erhielten zuerst nur fünf Mitglieder, die Herren Frhr. v. Krauß, Zelinka, Ritter v. Hauslab, Graf v. Wickenburg und Klein die Majorität; es wurde noch eine zweite Wahl vorgenommen, aus welcher Baron Doblhoff als gewählt hervorging.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen. Den Gesetzentwurf über die Ergänzung der Kronprinz Rudolfsebahn, über welchen Ritter von Pipik referirt, nimmt das Haus ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung nach der Fassung des Abgeordnetenhauses an, nachdem Handelsminister v. Plener die Annahme desselben noch besonders empfohlen hatte. Die diesem Gesetze angefügte Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird im Interesse der steiermärkischen Industrie dahin zu wirken, daß auch eine Flügelbahn von Leoben nach Bordenberg zu Stande komme, veranlaßt den Handelsminister v. Plener zu der Erklärung, daß die Regierung von ihrem Standpunkte bemüht sein wird, die Ausführung dieser Flügelbahn herbeizuführen.

Baron Szymonovicz berichtet hierauf über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Organisation der Bezirksgerichte. Die juridische Commission beantragt der Fassung des Abgeordnetenhauses beizutreten. Das Haus genehmigt den Gesetzentwurf ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung.

Ein Antrag des Berichterstatters, die um Bewilligung von Theuerungsbeiträgen an das Haus gelangten und der Commission überwiesenen Gesuche dem betreffenden Ministerium zuzuwenden, wird ebenfalls angenommen.

Es kommt nun der dritte Punkt der Tagesordnung, den Gesetzentwurf zur Einführung einer neuen Advocaten-Ordnung betreffend, an die Reihe. Berichterstatter ist wieder Baron Szymonovicz. Der Commissionsantrag geht dahin, den vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Entwurf, sowohl in Beantwortung der principiellen Frage als auch in den einzelnen Bestimmungen, in letzterer Beziehung jedoch mit einigen Aenderungen, dem Hause zu empfehlen. Außerdem bringt der Berichterstatter einen Separatantrag über die Paragrafen 2, 18 und 23.

Nachdem in der Generaldebatte und über den § 1 das Wort nicht verlangt wurde, ergreift in der Specialdebatte der Berichterstatter das Wort um seinen Antrag zu vertheidigen, die Herren Frh. v. Krauß und Baron Hoch, um denselben zu unterstützen. Dieser Paragraph wurde schließlich nach dem Separat-Antrage des Berichterstatters angenommen. Die hiedurch bedingte Aenderung bezieht sich auf den Punkt c dieses Paragraphes, in welchem es nun heißt: „Die Praxis bei einem k. k. Finanz-Procurator ist der bei einem Advocaten geschöpften gleichzuhalten.“ Die Paragrafen 3 bis incl. 17 werden ohne Debatte angenommen. — Bei § 18 stellen Minister Herbst im Namen des Finanzministers, und Graf Chorinsky Abänderungsanträge, welchen das Haus beitrifft. Dieser Paragraph wird hienach in folgender Fassung angenommen: „Wenn über Antrag einer Partei zur Durchsetzung ihrer Rechte gegen einen Dritten die Vertretung dieses letzteren vor dem Gerichte einem Advocaten übertragen wird, so wird die Vergütung der baaren Auslagen vom Staate geleistet. Besitzt die von einem durch das Gericht bestellten Advocaten vertretene Partei Zahlungsmittel, oder erlangt sie dieselben, so hat sie dem Staate die baaren Auslagen zu ersetzen und die Entlohnung ihres Vertreters zu leisten. Wann eine Stempelbefreiung oder Stempelvormerkung eintritt, bestimmt das Gebührengesetz.“

Die weiteren Paragrafen werden ohne Debatte, — § 23 mit der von der Commission beantragten Einfügung des Wortes „Pflichten“, § 37 mit der vom Berichterstatter empfohlenen Weglassung des Wortes: „gleichzuhalten“ angenommen, und bestimmt, daß der Entwurf den Titel *Advocatenordnung* zu erhalten habe.

In dem Gesetze zur Einführung dieser Advocatur-Ordnung wurde auf Antrag des Finanzministers, eingebracht durch den Minister Herbst, der Artikel IV, betreffend die Eintragsgebühren, welche von den Advocaten zu entrichten sind, näher präcificirt. Advocatenordnung und Gesetz werden schließlich in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Bericht der judicellen und financiellen Commission über den die Aufhebung der Buchergefesse bezweckenden Gesetzentwurf wird hierauf von dem Berichterstatter Dr. Zelinka vorgetragen. Der Commissionsantrag geht dahin, der Fassung des Abgeordnetenhauses beizutreten. Baron Reyer kann sich mit dem Zinsfuß von 6% (wenn kein Zinsfuß bedungen ist) noch immer nicht befrenden und beantragt 5% zu fixiren, bleibt jedoch in der Minorität.

Ein weiterer Abänderungs-Antrag desselben Abgeordneten betreffs des § 5 erfährt dasselbe Schicksal. Das Gesetz wird sonach nach der Fassung des Abgeordnetenhauses in zweiter Lesung angenommen. Dasselbe geschieht mit dem Gesetzentwurfe über die Freigebung der Korallen-Fischerei an den Küsten Dalmatiens, über welche Baron Doblhoff referirt. Ein Antrag Fanfogna's: Es möge die Regierung ersucht werden, ein Regulativ über die Benützung und Ausbeutung der Korallenbänke aufzustellen, bleibt in der Minorität. Hierauf Schluß der Sitzung.

121. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 5. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister v. Plener, Dr. Brestel, Dr. Berger, Dr. Herbst, Dr. Siskra, Fürst Auerperg und Graf Taaffe.

Präsident v. Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung werden die Einläufe mitgetheilt.

Abg. Hausner zeigt in einer Zuschrift an das Präsidium die Niederlegung seines Mandates als Reichsrathsabgeordneter an.

Das Präsidium des Herrenhauses übermittelt die in den letzten Sitzungen des Herrenhauses beschlossenen Gesetze.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die von Hypothekar-Anstalten ausgegebenen Pfandbriefe.

Diese Regierungsvorlage wird auf Antrag des Abg. Frhrn. v. Tinti dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Nächster Gegenstand ist Fortsetzung der Finanz-Debatte.

Als erster Redner ergreift das Wort

Abg. Kaiser: Er will sich darauf beschränken, einigen gestern gemachten Bemerkungen zu entgegnen. Der Herr Abgeordnete aus Linz hat am Schlusse seiner gestrigen Rede die Apostrophe an die Regierung und das Haus gerichtet, daß es nun die Aufgabe sei, die Finanzlage definitiv zu regeln. Ich bin damit einverstanden, allein wird dieses nicht eben durch die Anträge der Majorität unmöglich gemacht?

Es muß unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die Lösung der Finanzfrage für die Zukunft nicht compromittirt werde. Und dieses geschieht durch das Majoritätsgutachten, indem es in unser constitutionelles Leben den Bankerott einführt. Es ist zur Rechtfertigung gesagt worden, daß ja der Bürger- und Bauernstand, also der Mittelstand, damit einverstanden sei. Allein die Geschichte zeigt uns, daß der Mittelstand sich mit einer solchen Maßregel nimmer einverstanden erklärte. Ich weise in dieser Beziehung auf die Bestrebungen der italienischen Volksvertretung, auf die Verhältnisse in Amerika hin. Das Majoritätsgutachten muthet uns zu, einen Rechtsbruch zu begehen, den zu begehen, selbst das Sistrungs-Ministerium nicht den Muth hatte, weil es wußte, daß es sich dadurch für immer gebrandmarkt hätte. Heute würde es Eisleithanien machen, und dieser Rechtsbruch wäre die Inaugurirung unserer Finanzen. Und könnte nicht wieder in einigen Jahren ein Majoritätsantrag gestellt werden, abermals Bankerott zu machen, nachdem man ja bereits Bankerott gemacht? Ein Staat, der seinen eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, hat aufgehört, das Recht zu haben, zu existiren. Sind wir aber auch wirklich in der Lage, Bankerott machen zu müssen? Dann müssen wir unsere Finanzen, unser Budget revidiren; dann dürfen wir nicht auf großem Fuße leben, dürfen nicht für eine ostasiatische Expedition einige Millionen bewilligen. (Beifall.) Man spricht auch von Opportunitätsgründen. Opportunität kann einen Rechtsbruch nie rechtfertigen.

Schulden sind gemacht worden der falschen Politik wegen, die wir getrieben haben. Die Völker fragen heute mit Recht, hat diese Politik ein Ende, und das ist der Sinn, warum sie sich nach einem parlamentarischen Ministerium sehnen, von welchem sie erwarten können, daß es dieser Politik ein Ende machen werde.

Wenn wir unsere Politik nach unseren Mitteln einrichten, dann wird uns diese Politik über alle Klippen hinwegbringen.

Es ist von Sr. Excellenz Freiherr v. Benst auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, mit welchen dem Auslande gegenüber unsere Maßregeln verbunden sind.

Ich begreife diese Schwierigkeiten, erwarte aber auch, daß es unserem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gelingen werde, den ausländischen Gläubigern begreiflich zu machen, wie wir nur durch die Nothwendigkeit gezwungen sind.

Die Anträge der Majorität compromittiren nicht nur die Lösung der Finanzfrage, sondern auch das parlamentarische System. Wer ist es, der mit allen Mitteln in Vereinen und Versammlungen gegen die Vermögenssteuer und die übrigen von der Regierung beantragten Maßregeln auftritt? Es ist jene Partei, welche auf den Sturz der Regierung hinstrebt. (Oho.) Es ist die feudale, clericale und nationale Partei, welche die Anträge der Majorität unterstügt. Dieses mögen Sie bedenken und darnach ihre Beschlüsse fassen. (Beifall.)

Abg. Sturm. Wenn man sagt, die Regierungsanträge hätten eine ungünstige Aufnahme bei der Bevölkerung gefunden, so müßte entgegnet werden, daß die Majoritätsanträge eine noch viel ungünstigere Aufnahme gefunden haben. Die Majoritätsanträge sind principien- und planlos. Dieses geht aus dem Berichte wie aus den Reden des Berichterstatters und jener Redner, die seiner Partei angehören, hervor. Der Bericht sagt ausdrücklich, unsere Zahlungsunfähigkeit ist es, die die Reduction nothwendig macht. Die Redner dagegen widersprechen dem, und behaupten, daß es nur das Steuerrecht des Staates ist, welches er in dieser Maßregel ausübt. Die Majoritätsanträge sind auch planlos. Nach dem Antrage der Majorität bleibt noch immer ein Deficit von 8 Millionen unbedeckt. Wie soll dieses, wie das Deficit des nächsten Jahres, das sich auf 20 Millionen belaufen dürfte, gedeckt werden?

Die Einwürfe, die gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln, namentlich gegen die Vermögenssteuer gemacht wurden, berühren nur einzelne Modalitäten, nicht aber das Princip derselben, und hält man auch die Vermögenssteuer in diesem Hause für bereits eingeführt, so glaube ich, daß sie doch noch einmal ihre Auferstehung feiern kann. Man hat sie als etwas Bexatorisches, Inquisitorisches bezeichnet. Dieses bezieht sich jedoch nur auf die Modalitäten, nicht aber auf das Princip. Die Vermögenssteuer ist eine außerordentliche Maßregel, die in Zeiten außergewöhnlicher Noth als patriotisches Opfer vom Volke verlangt werden kann, sie ist eine Maßregel, die nicht zum ersten Male bei uns eingeführt wird. Ich verweise auf Amerika und auf andere Staaten.

Redner erwähnt nun einer von ihm überreichten Petition des Brünner Fortschritts-Vereines, welche die Einführung der Vermögenssteuer mit Modificationen verlangt, wie der übrigen gleichlautenden Petitionen verschiedener Handelskammern, aus denen denn doch hervorgehe, daß die Finanzwelt anders denke, als die Majorität des Budgetausschusses. Wer die Ansicht der Majorität theilt, überhaupt die Verpflichtung zur Zahlung der Staatsschuld leugnet, der müßte consequenterweise nicht 25 sondern 50 Percent abstreichen, der müßte das ganze Deficit durch die Reduction decken.

Das Haus hat übrigens bereits damals, als über das finanzielle Uebereinkommen mit Ungarn beschloffen wurde, dargethan, wie es sich zur Staatsschuld verhalte. Ich hätte von der Majorität statt der beantragten 25 Percent eher einen Antrag erwartet, nach welchem die nicht verfassungsmäßig contrahirten Darlehen stärker getroffen wurden. (Bravo.) Merkwürdigerweise werden aber gerade diese Darlehen mit einer gewissen Schonung und zarter Fürsorge behandelt.

Ich sehe es zwar ein, daß diese Darlehen für Staatszwecke verwendet wurden und daher auch bezahlt werden müssen; in den Anträgen der Majorität sehe ich jedoch die vom Sistrungswissenschaftler zugestandene Steuerfreiheit functionirt und dieses wünschte ich vermieden zu wissen.

Zwischen den Anträgen der Majorität und denen der Regierung liegt ein principieller Unterschied, bezüglich unserer rechtlichen Stellung sowohl Ungarn als dem Auslande gegenüber. Aber auch in der Ziffer liegt ein wesentlicher Unterschied. Die Ziffer, welche die Majorität vorgeschlagen, enthält das Aeußerste. Soll aber wirklich bei der Ziffer kein wesentlicher Unterschied liegen, warum sich dann einer Geringsfügigkeit wegen von unserem parlamentarische Ministerium trennen? Sollen wir um 4 Mill. das parlamentarische Ministerium aufopfern? (Bravo.)

Man erklärt stets, das parlamentarische Ministerium stützen zu wollen, und doch thut man immer das Gegenteil dessen, was die Regierung will. Es wird uns gesagt, wir dürfen in unserer Nachgiebigkeit doch nicht zu weit gehen. Wir, auf dieser Seite des Hauses, sind gewiß nicht zu nachgiebig gewesen. Wenn wir es jetzt sind, so geschieht es, weil das Ministerium unsere Parteilichkeit ist, weil es die Verkörperung eines liberalen Ministeriums ist. Diese Regierung zu stützen und unser eigenes Votum vom 14. December einzulösen, erachte ich als unsere heilige Pflicht und unverrückbare Aufgabe. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Hormuzahy spricht gegen die Anträge der Majorität. Dr. Klier und Dr. Stamm sprechen gleichfalls gegen die Anträge der Majorität.

Dr. Bierniakowski: Oesterreich leidet seit einer Reihe von Jahren am Deficit, man häuften Steuern auf Steuern, es half nichts, auch Schulden halfen nichts. Man hat uns nun drei Vorlagen gebracht, zwischen denen eine große Familien-Ähnlichkeit besteht, sie sind alle Kinder des Augenblicks. Die Mittel, die uns von allen Seiten vorgeschlagen werden, sind Verkauf der Staatsgüter, Conponsteuer, und neue Steuern. Die Staatsgüter wachsen nicht wie die Erde nach, es ist eine Sünde, wegen eines Jahres Güter zu verkaufen. Was die Steuern betrifft, so kann man in Oesterreich eher an alles denken, als an neue Steuern, denn die alten, wenn sie bestehen bleiben, müssen Oesterreich ruiniren. Das Land, das ich vertrete, erträgt keine neuen Steuern, es ist arm und muß seine Kinder in die Fremde betteln schicken, und 90 Jahre sind seit der Verbindung mit Oesterreich verstrichen.

Auf den dritten Punkt der Conponbesteuerung übergehend, finde ich zwischen der Majorität und Minorität keinen bedeutenden Unterschied.

Alles was man der Majorität vorwirft, paßt auch für die Minorität.

Der Schuldner hat kein Recht, den Gläubiger zu besteuern, und das Recht verlegt man immer, sei es bei zwanzig oder bei fünfundzwanzig Procent.

Man stützt sich freilich auf einen Rechtsstandpunkt, und beruft sich auf Ungarn. Allein meine Ansicht ist, daß Ungarn gar nichts zu zahlen verpflichtet war, was es zahlte, that es aus Opportunitäts-Rücksichten.

Man sagt, der Credit Oesterreichs werde beschädigt, ich glaube aber, daß durch Besteuerung des Coupons, der Credit mehr beschädigt werde, als durch Reduction, weil sie Sicherheit verschafft.

Man soll aber, wenn man ein solches Mittel anwendet, auch ein bestimmtes Ziel erreichen, die Ordnung des Staatshaushalts, und dann ist ein solcher Schritt gerechtfertigt. Man muß daher so hoch als nothwendig greifen. Ich weiß, daß was ich sage nicht populär ist, allein ich hielt es für meine Pflicht, offen die Wahrheit zu sagen. Es könnte geschehen, daß bei den beiden Nachbarn Oesterreichs, von denen der eine die Devise hat, Macht geht vor Recht, der andere dem Nihilismus huldigt, das Land ganz zu Grunde gehe, und dann wäre es aus mit aller Zahlung. Constatiren wir die Insolvenz, wir haben sie nicht verschuldet, sondern der Absolutismus und Schein-Constitutionalismus.

Der Antrag auf Schluß der General-Debatte ist mit großer Majorität angenommen.

Die eingetragenen Redner haben einen Generalredner zu erwählen.

Schluß der Sitzung um 3 Uhr.

Nächste Sitzung Abends halb 7 Uhr.

Fortschritt in Montenegro.

Fürst Nikolaus von Montenegro hat nunmehr die in der Verfassung und Verwaltung seines Landes eingeführten Reformen den bei ihm accreditirten Consuln in einem Circularschreiben officiell angezeigt. Es ist danach die Absicht des Fürsten gewesen, seine Unterthanen an dem Regierungswerke in umfangreicherer Weise zu betheiligen. Er hat daher das bisher in Montenegro herrschende System der Finanzverwaltung gänzlich umgewandelt und entschieden, daß das Staatsvermögen fortan in die Hände des Senates gelegt werde, der die Verwendung desselben zu reguliren und zu überwachen haben solle, während bisher der Fürst die alleinige und unbeschränkte Disposition darüber hatte. In Folge dieser Entscheidung und um den Ausführungsmaßregeln mehr Autorität zu geben, ist der Senat am 24. März zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, zu welcher auch sämtliche commandirende Capitane der verschiedenen Nahia's, d. h. Districte von Montenegro, hinzugezogen wurden, und hat folgende Beschlüsse gefaßt: Zunächst ist festgestellt worden, was als Eigenthum des Staates, der Kirche und des regierenden Fürsten anzusehen sei; sodann, welches die jeder dieser Kategorien anhaftenden Lasten und Verpflichtungen seien; drittens, daß die Verwaltung der Güter und Einkünfte der Kirche künftig dem Bischof von Montenegro unter Aufsicht des Senates, und die der Staatsgüter einer aus drei Senatoren gebildeten Specialcommission obliegen solle. Der Senat ist dann zur Wahl seines Präsidenten und Vicepräsidenten (bis dahin hatte der Fürst selbst den Vorsitz geführt) und der drei Mitglieder der Finanzcommission geschritten. Zum Präsidenten wurde Bojo Petrowitsch und zum Vicepräsidenten Pero Stefano Bukotitsch ernannt. Nachdem diese Beschlüsse gefaßt und angenommen waren, sprach der Fürst noch eine Ausdehnung der Functionen des Senates aus, so daß ihm fortan außer der Verwaltung des Landes, die Cognition über alle Verbrechen oder Vergehen, Interessenfragen oder etwaige Reclamationen, wobei montenegrinische Unterthanen, sei es an den Grenzen des Staates oder im Auslande, betheiligt sind, obliegen. Diese Reformen, die auf völlig friedlichem Wege vollzogen sind, die aber mangelhafte Berichte dem Auslande als eine Revolution dargestellt hatten, müssen als ein entschiedener Fortschritt im montenegrinischen Staatsleben angesehen werden.

Erprobung der neuen Waffen in Abyssinien.

In diesem Lande haben die bei der englischen Armee neu eingeführten Waffen ihre erste Probe bestanden. Das Snidergewehr, das gezogene Vergeschütz, eine nach einem neuem Princip construirte Schrapnell-Granate und die neue Hale-Rakete standen zum ersten mal vor einem wirklichen Feinde. Was zunächst die Sniderbüchse betrifft, fehlte der Maßstab, wonach man ihre Leistungsfähigkeit hätte abmessen können; weder Chassepots, noch Zündnadelgewehre standen ihr gegenüber, und das Urtheil über die neue englische Waffe beschränkt sich daher auf andere, allerdings auch wichtige Punkte. Kaum hätte das neue Gewehr unter ungünstigeren Umständen seine erste Reise antreten können. In Zulla kam es in die Hände von Leuten, denen es ebenso unbekannt war, wie Theodor und Magdala, und die auf der langen Reise keine Gelegenheit hatten, sich einzuschließen. Denkt man sich dazu die ungeheuren Terrainschwierigkeiten, das beständige Ab- und Aufpacken der Maulthiere, so sprechen diese Umstände für die Dauerhaftigkeit seiner Construction, sonst wäre vor Magdala kein einziges Gewehr arbeitsfähig gewesen. Auch die Munition hatte viel auszuhalten, schreckliche Hitze in Zulla, heftige und plötzliche Temperaturwechsel in den Hochlanden schädeten den Patronen nichts; der einzige Fehler war der, daß sie bei einem Regenwetter von nur wenigen Tagen feucht wurden und in vielen Fällen den Dienst versagten. In dessen war das Urtheil der Officiere und Mannschaften über die Leistungsfähigkeit des Gewehres ein allgemein günstiges. Allerdings kann sich dies nur auf die Schnelligkeit, nicht aber auf die Tragfähigkeit beziehen, denn die Schußweite variierte nur von 50 bis 200 Ellen. Das gezogene Vergeschütz scheint sich bewährt zu haben. Bei einem Gewicht von nur 146 Pfund entsandte es Schrapnell-Granaten mit einer Pulverladung hinter dem Schuß, welche sich in der Nähe des Feindes entzündete und so eine große Schnelligkeit erzielte. Die Schrapnell-Granate brachte oft ein halbes Duzend auf einmal zum Fall. Die Raketen schließlich bewiesen sich durch Anwendung des Hale'schen Princip als weit weniger gefährlich für den Raketenisten, als sie bisher waren. Das neue Geschöß nämlich war mit einer Einrichtung versehen, welche die bisher angewandten Raketenruthen überflüssig machte, und so das häufige Zurückspringen des Geschößes verhütete.

Oesterreich.

Wien, 4. Juni. (Wasserrecht.) Die „Corr. Sch.“ meldet, daß in der nächsten Woche im Abgeordnetenhaus der Gesetzentwurf über den allgemeinen — civilgesetzlichen — Theil des Wasserrechts eingebracht wird. Der Landesgesetzgebung vorbehaltene culturgesetzliche Theil soll an die nächsten Landtage gelangen.

6. Juni. (Abgeordnetenhaus.) In der Abendsitzung sprach als Generalredner Rechbauer, der Regierungsvorlage den Vorzug gebend; Tinti beantragte die Resolution, das Budget für das nächste Jahr derart abzuändern, daß das nach Abzug der Conponsteuer verbleibende Deficit aus Militärsparungen bedeckbar sei. Die Polen bekämpften die Resolution heftig, nach dem Schlußwort des Minoritätsberichterstatters Vanhans erfolgte der Schluß der Sitzung. — Prinz Napoleon ist Abends angekommen, wurde vom französischen und italienischen Votschaster am Bahnhofe empfangen und stieg im Hotel zum „goldenen Lamm“ ab.

6. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Finanzdebatte. Schlußwort des Berichterstatters der Majorität. Finanzminister Bresl sagte: Der Regierungsabzug ist eine ein für allemal festgestellte aus der Mehrbelastung durch den Ausgleich mit Ungarn resultirende Ziffer, der Minoritätsantrag ist die durch die Gerechtigkeit gebotene äußerste Grenze. Der Finanzminister warnt vor jeder gewaltthätigen Maßregel. Die Regierung werde auf der Vermögenssteuer nicht bestehen; wenn das Haus sich dagegen ausspricht, wird sie eventuell noch im Laufe der Session die Steuererhöhungsvorlage einbringen; in der Herbstsession werden die Steuerreformvorlagen jedenfalls eingebracht. Ministerpräsident Auerperg erklärt, das Regierungsprogramm war und ist Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Staates. Die Regierung wünscht dringend die Nichtannahme der Majoritätsanträge, das Haus möge die Staatschere aufrechterhalten und Oesterreichs Ruf nicht schädigen. Beginn der Specialdebatte über die Staatsschuldenunification.

Brag, 4. Juni. (Das Stadtverordneten-Collegium) beschloß an Se. Majestät eine Deputation mit der Bitte um einen Vorstoß von 750.000 fl. zum Baue der vierten Moldaubrücke zu senden. Die den Steuerprotest der Stadtvertretung abweisende Ministerialerledigung wurde dem Stadtrath zur Antragstellung überwiesen.

Triest. (Die englische Mittelmeerflotte) in der Stärke von acht Schiffen, soll hier in der Mitte dieses Monats eintreffen.

Wien, 4. Juni. (Sitzung der Deputirten-tafel.) Die Finanz-Commission referirt über die indirecten Steuern. Madarasz überreicht 121 Petitionen für Aufhebung der Gesetze vom Jahre 1867. Eganagh interpellirt den Cultusminister, ob er das Gesetz über die Gleichberechtigung der Confessionen noch in dieser Session vorlegen wird? Borcia interpellirt den Handelsminister wegen vorgekommener Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses. Gorove verspricht strenge Untersuchung. Manojolovics interpellirt den Justizminister, ob er das Wuchergesetz noch in dieser Session aufheben wird? Horvath antwortet, daß der Gesetzentwurf bereits fertig sei, und demnächst vorgelegt wird.

4. Juni. (Magnatentafel.) Die auf eilf Uhr anberaumte Sitzung der Magnatentafel konnte wegen einer Vorconferenz über die Gesetze und Concessionen bezüglich der Zakany-Agrar und Patvan-Wis-folger Bahn und Nordostbahn erst um halb 1 Uhr stattfinden. In der Sitzung wurden die von dem Eisenbahn-Comité empfohlenen wesentlichen Modificationen verworfen und die Gesetze in der General- und Special-Debatte unverändert angenommen.

5. Juni. (Falsche Gerüchte.) Die hier und nach auswärts verbreitete Nachricht, daß ein in Semlin stationirtes Jäger-Bataillon die Ordre erhielt, wegen angeblich in Hermannstadt ausgebrochener Unruhen dahin abzugehen, reducirt sich auf die Thatsache, daß das fragliche Jäger-Bataillon am 15. d. M. der neuen Ordnung gemäß einfach in seinen Werbbezirk Hermannstadt abrückte. Selbstverständlich sind die weiteren an diese Thatsache geknüpften Versionen über angebliche Unruhen in Hermannstadt rein aus der Luft gegriffen.

Ausland.

Karlsruhe, 2. Juni. (Prinz Napoleon) ist gestern Vormittags in Baden eingetroffen und im englischen Hofe abgestiegen. In seiner Begleitung befinden sich der erste Dolmetscher des Kaisers der Franzosen, Prof. Schefer, die Obersten Ferri-Bisani und Ragon, Beide als Adjutanten des Prinzen, sowie der Leibarzt Herr Dr. Berenger. Prinz Napoleon stattete am Nachmittag der Königin Augusta von Preußen einen längeren Besuch ab. Inzwischen waren der Großherzog und die Großherzogin von Schloß Eberstein in Baden eingetroffen. Dieselben empfingen den Prinzen Napoleon, welcher die Einladung des Großherzogs zum Diner angenommen hatte, gegen 6 Uhr im großherzoglichen Schloß. An dem hierauf stattfindenden Diner nahmen auch Theil die Königin Augusta von Preußen, sowie der für einige Tage in Baden anwesende Erb-

großherzog von Sachsen-Weimar. Nach aufgehobener Tafel verblieben die hohen Gäste noch bis nach 8 Uhr im großherzoglichen Schlosse. Prinz Napoleon, welcher die Absicht aussprach, am nächsten Morgen seine Reise fortzusetzen, verabschiedete sich schon jetzt bei dem Großherzog und der Großherzogin, welche noch am Abend auf Schloß Eberstein zurückkehrten. Prinz Napoleon hatte ausdrücklich den Entschluß kundgegeben, das strengste Incognito zu bewahren; es mußten daher auch alle besonderen Empfangsfeierlichkeiten unterbleiben.

Tagesneuigkeiten.

Der erste Kirchengang Ihrer Majestät der Kaiserin hat, wie die Pester Blätter melden, am 1. d. M. in der k. Burgcapelle zu Ofen stattgefunden. — In Salzburg fand am 3. d. M. in der k. Residenz eine erhebende Feierlichkeit statt. Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Maria Antoinette, Prinzessin von Toskana, erhielten im Beisein Ihrer k. Hoheiten des durchlauchtigsten Großherzogs Ferdinand von Toskana und der durchlauchtigsten Frau Großherzogin Alice durch den Herrn Fürst-Erzbischof von Salzburg die h. Firmung und empfangen die erste h. Communion. Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Großherzog haben aus Anlaß dieser kirchlichen Feier den Armen Salzburgs 500 fl. gespendet.

(Militärisches.) Aus verlässlicher Quelle wird dem „N. Freibl.“ mitgetheilt, daß nunmehr bis auf 15 bis 18 Regimenter sämtliche Fußtruppen mit den umgestalteten Hinterladern nach Wänsky-System, sowohl auf den Friedensstand als auch mit den Augmentationsvorräthen betheilt, und daß nach den bereits bestehenden derlei Vorräthen im k. k. Arsenal die Betheilung sämtlicher Truppen in kürzester Zeit beendet sein wird. Desgleichen hat auch bei den mit Hinterladern versehenen Truppenabtheilungen schon die Umgestaltung des Rüstzeuges und der Patronen begonnen. — Wie in militärischen Kreisen verlautet, steht im Monat Juli oder längstens Anfang August wieder ein größeres Stabsofficiers-Advancement zur Deckung der bereits bestehenden Abgänge auf den Friedensstand in Aussicht. Bis zu diesem Zeitpunkt erwartet man die endgültige Bestimmung hinsichtlich der zu ernennenden Commandanten für die bereits errichteten fünften und die noch aufzustellenden sechsten Bataillone bei sämtlichen Linien-Infanterie-Regimenten, worüber bereits berichtet.

Locales.

(Erledigte Advocatur.) Eine Advocatenstelle im Sprengel des Grazer Oberlandesgerichtes, mit dem Amtssitze in St. Leonhardt ist zu besetzen. Bewerbungen sind binnen 14 Tagen beim Oberlandesgerichte einzubringen.

(Der hiesigen Landwirtschaftsgesellschaft) wurden soeben zwei Bronce medaillen sammt dazu gehörigen Diplomen, womit die Gesellschaft für die bei der Pariser Ausstellung im Jahre 1867 in der 67. und 71. Classe ausgestellten landwirtschaftlichen Producte von der internationalen Jury ausgezeichnet wurde, durch das k. k. Landespräsidium zugestellt. Die meistbeachteten Medaillen zeigen auf der Vorderseite die Büste Sr. Majestät Kaiser Napoleons III., auf der Rückseite die Aufschrift: „Société d'agriculture de Laibach.“

(Ver ein s w e s e n.) Der Buchdrucker-Fortbildungsverein faßte in seiner vorgestrigen außerordentlichen Generalversammlung den Beschluß: mit allen Kräften und erlaubten Mitteln dahin zu wirken, daß in Zukunft als Lehrlinge nur Knaben mit tüchtiger und genügender Schulbildung (absolvirte Unterrealschule) aufgenommen werden, ebenso soll zur Freipredung der Lehrlinge die Beibringung des Vereinseignisses über fleißigen und erfolgreichen Schulbesuch erforderlich sein. — Ein zweiter außerordentlich wichtiger Beschluß bezweckt die Gründung einer allgemeinen Unterstützungscasse, welche Kranken eine fortlaufende Unterstützung und Erwerbsunfähigen eine Invalidengebühr gewährt. In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts bestand bereits eine solche Casse, wurde jedoch wegen innerer Zwistigkeiten im Jahre 1836 in einzelne Hauscassen aufgelöst, welche wieder zu vereinigen die nächste Aufgabe ist; sollte dies nicht gelingen, so wird eine ganz selbständige neue Casse

angestrebt, die jedem Buchdrucker unter gewissen Voraussetzungen die Mitgliedschaft gewähren muß und zugleich auch die nöthige Sicherheit für die statutenmäßig geltend zu machenden Ansprüche bietet. — Dem in der Gründung begriffenen allgemeinen österr. Buchdruckerverband beschloß die Versammlung beizutreten, ebenso einigte man sich auch über die Abhaltung einer Gutenbergfeier. — Nach Vornahme einiger Ersatz- und Ergänzungswohlen in den Ausschuß ward sodann die Versammlung geschlossen.

(Concert.) Gestern Abend fand im Garten der Eisenbahnrestauration das erste Concert, ausgeführt von der löblichen Musikcapelle des Infanterie-Regiments Graf Huyn, statt. Der Garten war so von Gästen gefüllt, daß man kaum noch ein Plätzchen finden konnte; dennoch war die Bedienung prompt, Speisen und Getränke gut.

(Im Badeort Krupina-Töplitz) sind vom 24. bis 30. v. M. 102 Curgäste und Fremde angekommen.

(Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte in Laibach. Am 10. Juni. Nikolaus Ramouß: Mordmord; Martin Dobro: Diebstahl; Elisabeth Divjak und Maria Rogovsek: Diebstahl und Theilnehmung. — Am 12. Juni. Jakob Mele und Anton Mele: Diebstahl; Mathias Bergant, Peter Jermann, Martin Augustin und Franz Erzar: Diebstahl; Blas Strajbas: Veruntreuung; Maria Meterec: Diebstahl.

Abschied und Dank.

Da ich mit dem heutigen Tage aus dem Regimente, in welchem ich durch 31 Jahre zu dienen die Ehre hatte, mit tiefster Wehmuth scheide, sage ich meinem hochverehrten Herrn Obristen und dem gesammten löblichen Officierscorps den herzlichsten Dank für die rücksichtsvolle Güte, mit der sie immer meine Leistungen anerkannt haben.

Laibach, am 6. Juni 1868.

Josef Waget,

gewesener Capellmeister im 7. Artillerie-Regiment.

Neueste Post.

Wien, 6. Juni. Se. k. Hoheit Prinz Napoleon, der gestern Abends hier eingetroffen, ist heute Morgens 11½ Uhr von Sr. Majestät dem Kaiser in der Hofburg empfangen worden und von Allerhöchstdemselben um halb 1 Uhr geschieden. Se. k. Hoheit wurde von einer Hofequipage mit zwei Soutenwagen abgeholt und trug die Generalsgalanuniform. Mit dem Prinzen fuhr der k. Botschafter Herzog v. Gramont. Morgen ist kaiserliche Tafel in Schönbrunn. Der Herr Reichscanzler war heute Morgens längere Zeit bei dem Prinzen. Zu dem heute vom Herzog v. Gramont gegebenen großen Diner ist außer den Herren Ministern u. a. auch der Viceadmiral v. Tegetthoff geladen.

Wien, 6. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand die Debatte über die Unification der Staatsschuld statt. Ministerpräsident Auersperg erklärte: Wenn die Beschlüsse der Majorität angenommen würden, werde die gegenwärtige Regierung dieselben nicht zur Ausführung bringen. Bei namentlicher Abstimmung wurde der Majoritätsantrag mit 113 gegen 46, ein verbesserter Majoritätsantrag mit 100 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Der verbesserte Minoritätsantrag, dem sich die Regierung angeschlossen, wurde mit großer Majorität in folgender Fassung angenommen: Sämtliche Gattungen der fundirten allgemeinen Staatsschuld, ausgenommen die Lose von 1854 und 1860, sowie das Steueranlehen von 1864 werden in eine fünfprocentige einheitliche Schuld umgewandelt, die mit einer sechzehnprocentigen Steuer, welche nicht erhöht werden kann, belastet wird.

Aus Rom ist ein höchst erfreulicher Bericht des Herrn v. Mehzenburg eingelaufen: Ein eigenhändiges Antwortschreiben Sr. Heiligkeit des Papstes an den Kaiser ist unterwegs.

Aus Mexico vom 17. Mai wird gemeldet, daß die Insurgenten die Berge und Puebla besetzt und den General Marquez zum Regenten proclamirt haben. — Auf Hayti dauern die Unruhen fort.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 6. Juni.

5perc. Metalliques 56.50. — 5perc. Metalliques mit Rais- und November-Zinsen 57.50. — 5perc. National-Anlehen 62.50. — 1860er Staatsanlehen 81.80. — Banknoten 705. — Creditactien 187.50. — London 116.50. — Silber 114.50. — R. I. Ducaten 5.55½.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Schwebende Schuld. Zu Ende Mai 1868 befanden sich laut Kundmachung der Commission zur Controle der Staatsschuld im Umlaufe: 1. Partialhypothekendarlehen 99,640.707 fl. 50 kr.; 2. an zu Staatsnoten erklärten Ein- und Fünftausendbanknoten 23,035.640 fl., an förmlichen Staatsnoten 276,798.499 fl., im Ganzen 399,474.846 fl. 50 kr. — Der Gesamtbetrag der zu Ende Mai 1868 emittirten Münzstücke bestand in 12 Millionen 436.438 fl. und der Gesamtstand der in Staatsnoten, Hypothekendarlehen und Münzstücken bestehenden schwebenden Schuld war daher mit Ende Mai 1868: 411,911.284 fl. 50 kr. 3 B.

Getreidehandel. An den auswärtigen Märkten gewinnt die weiche Tendenz der Preise immer mehr an Intensität und haben alle Plätze während der letzten Woche von Tag zu Tag an ihren Notirungen eingebüßt. Die Waiffe ist eine ziemlich starke, namentlich in Norddeutschland, an den Schweizer Plätzen und in Frankreich. Für diese so entschiedene Waiffe wirken vorzugsweise die Vorräthe, die aus allen Verstecken ans Tageslicht kommen und von den Eigern gerne placirt werden möchten. Die Waiffetendenz an den englischen Märkten dürfte nach Eintreffen der schwimmenden Ladungen aus Amerika, wo die Verladungen immer größere Dimensionen annehmen, eine noch stärkere werden. Angesichts dieser Situation herrscht an den Handelsplätzen der österreichischen Monarchie große Geneigtheit der Käufer zum Verlaufe, während Händler reservirt bleiben; in Folge dessen geringfügiger Umsatz, fast nur für den Consum.

Post-Ambulanz zur See. Dem Vernehmen nach soll in Kürze zur schnelleren Beförderung der ostindischen Ueberlandpost eine Seepost-Ambulanz zwischen Triest und Alexandrien in Wirksamkeit treten, welche unter der Leitung der Postdirection in Triest stehen und von dieser auch mit dem erforderlichen Beamten- und Dienerpersonal versehen werden wird.

Laibach, 6. Juni. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 32 Wagen und 6 Schiffe (46 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Wtr.-	Wtr.-	Wtr.-	Wtr.-
	fl.	fr.	fl.	fr.
Weizen pr. Metzen	5 90	6 70	Butter pr. Pfund	— 40
Korn	3 70	3 86	Eier pr. Stuck	— 14
Gerste	2 80	3 16	Milch pr. Maß	— 10
Hafers	2 —	2 —	Rindfleisch pr. Pfd.	— 21
Halbsfrucht	—	4 32	Kalbsteisch	— 18
Heiden	3 60	3 44	Schweinefleisch	— 24
Dirse	3 10	3 20	Schöpfenfleisch	— 14
Kukuruz	—	3 44	Hühner pr. Stuck	— 30
Erbsen	1 80	—	Tauben	— 14
Linsen	4 20	—	Hen pr. Zentner	— 80
Größen	4 —	—	Stroh	— 70
Kijolen	5 —	—	Holz, hart, pr. Kst.	— 7
Rindschmalz Pfd.	— 45	—	— weiches, „	— 5
Schweineschmalz „	— 45	—	Wein, rother, pr.	— 10
Speck, frisch, „	— 44	—	Eimer	— 12
— geräuchert „	— 40	—	— weißer „	— 12

Angekommene Fremde.

Am 4. Juni.

Stadt Wien. Die Herren: Putzer, Kaufm., und Selzer, Ingenieur, von Wien. — Horvatic, k. k. pens. Hauptm., von Trient. — Cervini de Monte Barchi, k. k. FML., von Graz. **Elefant.** Die Herren: Bundialet, Reis; Veider, Kaufm., und Blaul, Fabricant, von Wien. — Vogl, Kaufm., von Alba. — Friedl, Kaufm., von Brunn. — Die Frauen: Gräfin Richteberg, von Praproce. — Baronin Danlebsky, von Wien. — Dolenz, Handelsmannsgattin, von Krainburg. — Hocevar, von Gursfeld.

Kaiser von Oesterreich. Herr Maruffig, von Pola.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Anhalt des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Maas
6 U. Mg.	328.35	+13.0	windstill	ganz bew.	0.21
9 „ „	327.92	+18.9	SSO. mäßig f. ganz bew.		
10 „ „	328.53	+12.6	SD. schw. dunn bew.		
6 U. Mg.	328.17	+10.4	windstill	dichter Nebel	
7 „ „	327.07	+18.5	NO. mäßig z. Gälte bew.		0.00
10 „ „	326.61	+12.5	NO. schwach heiter		
Den 6.: Wechselnde Bewölkung. Nachmittags Strichregen. Windig. Den 7.: Heiterer, kühler Tag. Wolken aus Nord ziehend. Rasches Fallen des Barometers. Das Tagesmittel der Wärme am 6. um 0.5° über, am 7. um 0.6° unter dem Normalen. Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleimayr.					

Börsenbericht.

Wien, 5. Juni. Das Geschäft war geschäftslos und die Course weder der Fonds und Actien noch auch der Devisen und Valuten erfuhren eine bemerkenswerthe Veränderung. Geld flüssig.

Öffentliche Schuld.		B. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Entl.-Oblig.		Geld Waare		Geld Waare	
A. des Staates (für 100 fl.)							
In d. W. zu 5pCt. für 100 fl.	53.75	zu 5%	85.75	86.25	Südb. St.-, f. ven. u. j. i. E. 200 fl.	175.10	175.30
In österr. Währung steuerfrei	57.85	„ 5 „	87.50	88.—	Gal. Karl-Lud.-B. 200 fl. CM.	197.25	197.50
1/2 Steueranlehen in öst. W.	93.—	„ 5 „	87.—	88.—	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	146.50	147.—
Silber-Anlehen von 1864	68.—	„ 5 „	91.—	91.50	Öest. Don.-Dampfsch.-Ges.	506.—	508.—
Silberanl. 1865 (Fres.) rückzahlb.	68.—	„ 5 „	88.75	89.75	Öesterreich. Lloyd in Triest	232.—	234.—
in 37 S. zu 5 pCt. für 100 fl.	75.—	„ 5 „	88.50	89.50	Wiener Dampfsch.-Actg.	345.—	350.—
Nat.-Anl. mit Jan.-Coup. zu 5%	62.80	„ 5 „	88.—	88.50	Wiener Kettenbrücke	393.—	400.—
„ „ „ „ Apr.-Coup. „ 5 „	62.40	„ 5 „	75.75	76.25	Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	131.50	132.—
Metalliques „ „ „ 5 „	56.33	„ 5 „	73.—	73.50	Lemberg Czernowitzer Actien	175.—	175.50
„ „ „ „ „ 5 „	57.50	„ 5 „	74.50	75.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)		
„ „ „ „ „ 4 1/2 „	50.75	„ 5 „	64.75	65.25	Nationalbank auf 5% verlosbar zu 5%	96.60	96.80
Mit Verlos. v. J. 1839	157.—	„ 5 „	69.25	70.—	„ „ „ „ „ 5 „	92.—	92.20
„ „ „ „ 1854	76.25	„ 5 „	65.—	65.50	„ „ „ „ „ 5 1/2 „	92.25	92.75
„ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	81.35	„ 5 „	72.50	73.—	Nationalbank auf 3. W. verlosch. 5 „	92.—	92.20
„ „ „ „ 100 „	90.20	„ 5 „	702.—	704.—	„ „ „ „ „ 5 1/2 „	92.25	92.75
„ „ „ „ 1860 „ 100 „	84.20	„ 5 „	1775.—	1780.—	„ „ „ „ „ 5 „ in Silber	100.—	100.50
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	84.20	„ 5 „	184.40	184.50	Lose (pr. Stück.)		
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	84.20	„ 5 „	69.—	610.—	Cred.-A. f. d. U. G. 3. 100 fl. 3. W.	132.—	132.50
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	84.20	„ 5 „	252.60	252.70	Don.-Dampfsch.-G. 3. 100 fl. CM.	93.—	94.—
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	84.20	„ 5 „	147.25	147.50	Stadtgem. Ofen „ 40 „ d. W.	27.40	27.60
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	84.20	„ 5 „	142.90	143.—	Esterhazy zu 40 fl. CM.	155.—	—
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	84.20	„ 5 „			Salm „ 40 „ „	35.—	35.50

Wechsel. (3 Monate.)			
Augsburg für 100 fl. südd. W.	97.20	97.50	
Franfurt a. M. 100 fl. detto	97.25	97.70	
Hamburg, für 100 Mark Banco	86.—	86.10	
London für 10 Pf. Sterling	116.50	116.60	
Paris für 100 Francs	46.25	46.30	

Cours der Geldsorten			
	Geld	Waare	
K. Münz-Ducaten	5 fl. 55 1/2 kr.	5 fl.	56 1/2 kr.
Napoleon'sdor	9 „ 30 „	9 „	30 1/2 „
Russ. Imperials	9 „ 60 „	9 „	61 „
Bereinsthaler	1 „ 71 1/2 „	1 „	71 1/2 „
Silber	114 „ 50 „	114 „	75 „

Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Priz	
batnotrung: 86 1/2 Geld, 87 1/2 Waare.	